

Wie beschlossen, wurde unter diesem Tagesordnungspunkt die Vertragsangelegenheit zwischen der Stadt Sankt Augustin und der Stadt Hennef zur Regelung der Zufahrt im Bereich „Geistinger Sand“ beraten (siehe TOP 9 im öffentlichen Teil der Sitzung).

Zu der vorliegenden Anfrage der CDU-Fraktion machte Herr Dziendziol einige Ausführungen und merkte an, dass in dem vorliegenden Vertragsentwurf einige Unklarheiten enthalten seien. Diese dürften von Seiten der Stadt Sankt Augustin nicht akzeptiert werden. Im Einzelnen nahm er zu den § 1 Abs. 4, § 2 Abs. 1, § 3 Abs. 3, § 4 Abs. 2 und § 6 Stellung. Herr Schäfer schlug vor, die von Herrn Dziendziol aufgeworfenen Fragen schriftlich der Verwaltung vorzulegen. Bezogen auf die Deponieflächen sollte in einer der nächsten Sitzungen Frau Decking von der RSAG eingeladen werden, um Auskunft über deren weitere Planungen zu erhalten (Nutzungskonzept). Herr Züll regte an, die Angelegenheit bereits in der nächsten Sitzung zu behandeln und die Fragestellungen der Fraktionen bis zu einem zu bestimmenden Termin bei der Verwaltung einzureichen. Herr Gleß schlug vor, zur Beantwortung ausstehender Fragen einen Arbeitskreis einzuberufen, um dann in der nächsten Sitzung am 8. Mai d. J. zu einer Beschlussfassung zu kommen. Seitens der FDP-Fraktion erteilte Herr Züll der Einrichtung von Arbeitskreisen und Workshops eine Absage. Er plädierte dafür, die Themen in den Ausschüssen nach Möglichkeit zügig und abschließend zu behandeln. Der endgültige Vertragsentwurf sollte den Fraktionen nach Möglichkeit schon vor Ladungsfrist für Beratungszwecke zur Verfügung gestellt werden. Frau Feld-Wielpütz führte für die CDU-Fraktion aus, dass sie mit einem Termin zur Abgabe der heute bekannten Fragen einverstanden sei, aber nach deren Beantwortung sich weitere Fragestellungen ergeben könnten. Nach ihrer Ansicht könnten diese dann auch in der Ratssitzung beantwortet werden.

Als Ortsvorsteher von Buisdorf meldete sich Herr Schopp zu Wort. Er wies darauf hin, dass vor einigen Wochen eine Sitzung des Beschwerdeausschusses stattgefunden habe und die Petenten, die 200 bis 250 Unterschriften gesammelt haben, noch einen Anspruch auf eine Beantwortung seitens der Stadt haben. Auch Herr Metz regte an, unter Berücksichtigung der langen Verfahrensdauer der Stadt Hennef einen Zwischenbescheid zukommen zu lassen. Es sollte darüber nachgedacht werden, ob der Stadt Hennef im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit bei einer Entscheidung entgegengekommen werden kann.

Schließlich bestand Einvernehmen darüber, dass die Fraktionen ihre Fragestellungen bis Ende März der Verwaltung übermitteln und die Angelegenheit dann in der nächsten Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses abschließend beraten wird.